

## **Patenschaften, Partnerschaften – Gemeindebegegnungen als kräftige Klammer zwischen den Menschen im geteilten Deutschland**

(Dr. Jürgen Schmude am 13. November 2009 bei der Synode des Kirchenkreises Moers in der Moerser Stadtkirche)

Als vor zwanzig Jahren die Mauer fiel, strömten Scharen von Menschen aus der DDR dorthin, wo sie nie gewesen waren, wo sie nicht hin durften: in den Westen. Bald aber gab es auch eine umgekehrte Reisebewegung: neugierig, manchmal noch zögernd reisten Bundesbürger und West-Berliner dorthin, wo sie auch noch nie gewesen waren, - obwohl sie dorthin gedurft hätten -: in den Osten. Denn das hatte es bei uns reichlich gegeben, dass Menschen in alle Welt reisten, aber nicht ins östliche Deutschland. Es blieb ihnen fremd. DDR-Bürger hatten sie weder besucht noch gesprochen. Viele Enttäuschungen, Missverständnisse, Ärgerlichkeiten, die der ersten Begeisterung bald folgten, hatten in dieser Fremdheit ihren Hintergrund.

Für die meisten evangelischen Gemeinden im Kirchenkreis Moers war das ganz anders. Gemeindeglieder, Presbyter, Pfarrer hatten schon jahrzehntelange „Osterfahrunge“. Durch die intensive Besuchspraxis kirchlicher Partnerschaften, anfangs Patenschaften genannt, hatten sie die östlichen Gemeinden und ihre Lebensverhältnisse kennen gelernt. Aus zahllosen Gesprächen wussten sie gut Bescheid. Verständigungsprobleme gab es für sie nicht.

Und als dann 1990 im Bereich des alten Kreises Moers aus anderen geplanten Städtepartnerschaften nichts wurde, bot sich die kirchliche Partnerschaftsregion Oderbruch geradezu an. Auf den von evangelischen Kirchengemeinden geöffneten Wegen wurden zügig die Beziehungen zwischen dem Kreis Wesel und dem Kreis Seelow und entsprechende Verbindungen zwischen den Städten und Gemeinden geschaffen. Wichtige Hilfen, z. B. in der Verwaltung und für die Ausstattung mit Geräten, konnten über Jahre hin geleistet werden, neue Bekanntschaften und Freundschaften entstanden. Die Kirche war der Politik im Brückenbau vorangegangen.

Einige Gemeinden unseres Kirchenkreises halten die Verbindung zu ihren Partnern im Oderbruch bis heute aufrecht. Die Kirchenkreise selbst sind ebenfalls verbunden geblieben, obwohl die Aktiven auf beiden Seiten gewechselt haben. Ich empfinde, gerade im Rückblick auf meine eigene Geschichte mit den Gemeindepatschaften, große Freude darüber, dass wir den Seelower Superintendenten Roland Kühne, unseren heutigen Prediger, erneut hier begrüßen können.

Meine Geschichte begann im Oktober 1960 mit der Teilnahme an der ersten der danach fast zahllosen Fahrten der Gemeinde Moers zu Partnerschaftstreffen in Ost-Berlin. Alle evangelischen Kirchengemeinden in der DDR hatten ihre Partnergemeinden im Westen, oft auch mehrere davon: gewünschte, gefundene und von den Kirchenleitungen verordnete Partner. Viele Quartiere in West-Berlin wurden vom Beginn der 60er bis zum Ende der 80er Jahre von kirchlichen Gruppen genutzt, die täglich durch die Sektorengrenze gingen, um sich mit den aus der DDR angereisten Partnergruppen und dabei auch mit Ost-Berliner Gemeinden zu treffen. Eine Massenbewegung war angestoßen worden und entfaltete sich aus eigener Kraft immer weiter.

Wir Westdeutschen waren von den evangelischen Christen im Osten beeindruckt, hatten Freude an ihnen und empfanden die gemeinsamen Erlebnisse als glaubensstärkend. Bekanntschaften, Freundschaften und im Einzelfall sogar Ehen kamen über die Sperrgrenze hinweg zustande. Dafür nahmen wir die Lasten gerne in Kauf, die lange, damals um 7 Uhr morgens beginnende ganztägige Busreise, die Schikanen beim Grenzübergang und manche andere Mühe.

Einmal jährlich, damit begann es. Dann traf man sich häufiger. In den letzten Jahren wurde auch der Besuch direkt bei den Partnern in der DDR möglich und sogar einzelne Besuche von Gemeindegliedern aus dem Osten bei den Partnern im Westen. Bischöfe und andere kirchliche Amtsträger aus der DDR waren schon vorher gelegentlich zu uns gekommen und hatten Vorträge gehalten, z. B. Bischof Gottfried Forck in den 80er Jahren hier in der Moerser Stadtkirche.

Ein immer stärkeres Geflecht von menschlichen Beziehungen im Rahmen der evangelischen Kirche entstand auf diese Weise. Und natürlich gab es vielfältige materielle Hilfe aus dem Westen für den Osten. Persönliche Geschenke waren bei den Begegnungen selbstverständlich. Geld- und Sachleistungen der westlichen Gemeinden und Kirchen für den kirchlichen Dienst in der DDR nahmen immer größeren Umfang an.

Bei aller Wertschätzung solcher Hilfen waren den östlichen Kirchenleuten die persönlichen Begegnungen erkennbar wichtiger. Da wurden Gottesdienste gefeiert, es gab Gesprächsrunden über theologische und andere kirchliche Themen. Besonders intensiv aber wurde politisch diskutiert. Im größeren Kreis geschah das vorsichtig, bei den Besuchen in den Wohnungen unserer Freunde umso unbefangener und deutlicher. Für uns Moerser z. B. in der Familie Meckel in Ost-Berlin, deren Sohn Markus als Pfarrer ein Vierteljahrhundert später eine Partei gründen und ein prominenter Politiker werden sollte.

Nach 25 Jahren „Basiserfahrung“ mit solchen kirchlichen Begegnungen konnte ich in meinem EKD-Amt erleben, wie eng, intensiv und produktiv auch die Kirchenleitungen

über die Grenze hinweg zusammenarbeiteten. Die „besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“, zu der sich der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und die EKD, der Evangelischen Kirche in Deutschland, in ihren Grundordnungen bekannten, wurde so als eine gegen die Teilung geschaffene Realität erlebbar, in die über etwa drei Jahrzehnte hinweg unzählige Menschen aus Ost und West eingebunden waren. Schon früh wurde dabei spürbar, ja offensichtlich, was eine gemeinsame Kirchenkonferenz rückblickend im Januar 1990 mit den Worten beschrieb: „So hat sich diese Gemeinschaft als kräftige Klammer zwischen den Menschen im geteilten Deutschland erwiesen. Das hat sich politisch ausgewirkt.“

Der Staatsführung der DDR war die Wirkung der Treffen wohl nicht ganz klar, aber jedenfalls verdächtig. Hinnehmen wollte sie es jedenfalls nicht, dass in der Teilung durch die evangelische Kirche ein Stück Einheit mit politischer Auswirkung gebildet wurde. Das öffentlich zu machen, etwa in Presseberichten über die Partnerschaftstreffen, hätte zu Besuchsverboten im Osten führen können. Deshalb gibt es leider bei den Dokumenten aus jener Zeit solche Berichte fast gar nicht. Zugelassen werden sollten nämlich im Rahmen der staatlich erlaubten Kirchenbeziehungen nur religiöse Gemeinschaftserlebnisse, nichts Politisches.

Das genügte ja auch. Die Begegnungen der Christen aus Ost und West waren keine Konferenzen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung. Als Schwestern und Brüder pflegten und vertieften sie ihre Zusammengehörigkeit. Das war für sie und über ihren Kreis hinaus von großer Bedeutung, kirchlich und politisch.

Ein baldiges Ende der Teilung haben auch die evangelischen Kirchenleute nicht kommen sehen. Gehofft und auf Gott vertraut haben sie insoweit sehr wohl. Pfarrer Georg Schrem von der Ost-Berliner Eliasgemeinde, für uns Moerser ständiger Gesprächspartner und Gastgeber, ließ keine Gelegenheit aus, fast prophetisch den 126. Psalm zu zitieren: „Wenn der Herr die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden....“ Seine Hoffnung auf befreiende Veränderungen durch die Kraft Gottes, war geradezu ansteckend.

Tatenloses Abwarten war damit keineswegs verbunden. Sondern alle Anstrengungen wurden unternommen, um die zwischenkirchlichen Kontakte auszuweiten. Erleichterte Besuchsmöglichkeiten für Partnergemeinden, Einladungen zunächst eines und dann mehrerer Gäste aus der DDR zu Synodentagungen, zusätzliche gemeinsame Veranstaltungen und Besuche, - es war ein ständiges, schrittweise erfolgreiches Bemühen, häufiger und intensiver zusammen zu kommen und Gemeinschaft über die Grenze hinweg zu erleben. Das war ein Geschehen strikt im kirchlichen Rahmen und doch lag darin eine eigenständige Antwort auf die Machtfrage, die für die SED über allem stand. Das Erlebnis der Gemeinschaft hatte nicht nur die politische Wirkung als „Klammer zwischen Menschen“. Es änderten sich

auch die Rahmenbedingungen für den Mut, mit dem die DDR-Bürger ihrem Staat entgegentraten.

Kirchliche Appelle in die Öffentlichkeit hinein und an die Politik unterstützten diese Veränderungen. Immer wieder wurde von Synoden und Kirchenleitungen im Osten öffentlich gefordert, der Staat möge den Bürgern mehr vertrauen und ihre Mitverantwortung und Mündigkeit ernst nehmen. Die Rechts- und Verwaltungspraxis müsse sich ändern, so dass abgelehnte Anträge - aller Art - plausibel begründet würden. Was immer man fordern konnte um die Rechte und Freiheiten nicht nur der Christen, sondern allgemein der Bürger in der DDR zu stärken, kam in vielfältiger Weise in kirchlichen Verlautbarungen zum Ausdruck. Es könnte sich lohnen, in einer zusammenfassenden Bewertung solcher Äußerungen die Struktur des freiheitlichen Rechtsstaats zu skizzieren, die von der evangelischen Kirche in der DDR schon lange gefordert worden war.

Das DDR-Staatssekretariat für Kirchenfragen hat dazu übrigens direkt nach der Synode in Eisenach im September 1989, also noch vor dem Mauerfall, aufschlussreiche Vorarbeiten geleistet. In einer „Einschätzung“ dieser aufregenden Synodentagung, die ich als Gast miterleben konnte, heißt es, die Synode habe ein „konterrevolutionäres“ Programm beschlossen. Es gebe Bestrebungen, die bisher unter dem Dach der Kirche agierenden „feindlichen Kräfte“ in die gesellschaftliche Öffentlichkeit zu führen. Die Synode habe die „Machtfrage“ gestellt und zum offenen Widerstand aufgerufen. Sie mische sich verstärkt in staatliche Angelegenheiten ein und habe ein Programm zur gesellschaftlichen Veränderung mittels Reformen formuliert. So „geschlossen“ habe es das vorher nicht gegeben, dass sogar die Änderung des Wahlgesetzes und unbeschränkte demokratische Rechte gefordert wurden. Im Ergebnis sei eine weitere Eskalierung politisch negativer Aktivitäten festzustellen.

In der Tat: Die kirchlichen Appelle, auch schon vor der Synode 1989, stärkten und ermutigten Einzelne und Gruppen, ihre Forderungen und ihren Widerspruch ebenfalls offen auszusprechen. Viele haben das durch rigorose Zugriffe der Staatsmacht büßen müssen. Für sie setzten sich führende Kirchenvertreter ein, oft mit Erfolg. Da ging es um die Rücknahme von Strafen und Diskriminierungen aller Art, manchmal sogar um die Ausreiseerlaubnis. Zugleich bot sich die evangelische Kirche mit ihren Gebäuden als Schutzraum für kritische Gruppen an. Das wurde gern genutzt, es war sehr wirksam und konnte die Repressionen der Staatsorgane zumindest abmildern.

Das alles sei, wurde mir bei meinen Gesprächen mit den Kirchenstaatssekretären Gysi und Löffler vorgehalten, nicht eigenständige Aufgabe der Kirche. Da werde auch Gruppen, die wenig oder nichts mit der Kirche zu tun hätten, Hilfe und Obdach gewährt. Und was der Staat dazu mit Ermahnungen an die Adresse der

Kirchenleitungen erreiche, sei enttäuschend.. Die Gemeinden, gerade in Ost-Berlin, unterstützten die Gruppen weiterhin großzügig. Mit der katholischen Kirche laufe es besser, erklärte mir Staatssekretär Kurt Löffler einmal. Sie habe dem Liedermacher Stephan Krawczyk, der doch selbst katholisch sei, beim Katholikentreffen in Dresden keine Auftrittsmöglichkeit gegeben; alle Kirchen seien für ihn verschlossen geblieben. Auf evangelischer Seite aber bekomme er ständig Kirchenräume für seine Agitation gegen die sozialistische Ordnung.

Das war so, aber nicht überall. Vielen Gemeinden waren die Gruppen fremd, vor allem: kirchenfremd. So hielten sie ihre Räume, mit Ausnahmen, lieber geschlossen. Andere waren da großzügig, achteten aber auf Grenzen. Wer absolut mit der Kirche nichts im Sinn hatte, wer eigentlich nichts mit ihr zu tun haben wollte und sich Gebete und Lieder im Kirchenraum als überflüssige Störung verbat, war dort fehl am Platze. Die Kirche kann ihren Verkündigungsauftrag in sehr vielfältiger Form hilfreich wahrnehmen. Beiseite schieben lassen darf sie ihn nicht.

Auch so gab es genug und immer mehr, was die SED-Funktionäre ärgern musste: Umweltgruppen und Friedensgruppen versammelten sich in Kirchen, Friedensgebete und Zusammenkünfte von Ausreisewilligen fanden mit großer Teilnehmerzahl in Kirchen statt, Demonstrationen gingen von Kirchengebäuden aus, in denen zu Beginn Gottesdienste gefeiert wurden.

Das hatte in zweierlei Hinsicht entscheidende Konsequenzen. Die Gruppen konnten nur in den Kirchenräumen wirksam werden. Woanders wären Veranstaltungen dieser Art nicht möglich gewesen. Auf der anderen Seite aber konnte sich die Kirche mit ihren ständigen Ermahnungen und Verpflichtungen zur Friedfertigkeit und zum menschlichen Respekt vor den unbeliebten Staatsfunktionären als wirkungsvolle Friedenskraft in den Veränderungsprozess einbringen. Sie fand Vertrauen auch bei ihren Gegnern, die sich zuvor gefragt hatten, ob das Ganze nicht in ein gewalttätiges, für die Staatsfunktionäre sogar lebensgefährliches Chaos führen würde. Solche Sorgen hatte ich von einem Funktionär lebhaft geschildert bekommen.

Staatliches Vorgehen mit Waffengewalt, über dessen Ausbleiben wir uns später so sehr gefreut haben, erschien anfangs noch möglich. Warum ist es trotz der Sorge der DDR-Politiker um ihr Leben ausgeblieben? Der wichtigste Grund dürfte sein, dass die Befürchtungen dank der massiven Einwirkung der evangelischen Kirche auf die revoltierenden Menschen entkräftet waren. Die Revolution lief friedlich ab, ohne Racheakte gegen die Repräsentanten des stürzenden Systems. Das anhaltende und noch verstärkte kirchliche Engagement bot die Gewähr, dass es so bleiben würde.

Es blieb so, und als alles geschafft war, wurde die evangelische Kirche von allen Seiten begeistert gelobt. Kirchenleute wurden im Osten allenthalben gebraucht, um demokratische Prozesse in Gang zu setzen, so bei den Runden Tischen, bei denen

sie oft den Vorsitz hatten, oder bei der Gründung von politischen Parteien, denen sie selbst gar nicht beitraten.

Enttäuschung, Verdruss und sogar trügerische Nostalgie konnten sie damit dämpfen, ganz verhindern aber nicht. Und so gibt es heute im Osten verbreitetes Misstrauen gegen die Demokratie und durch Wahlverweigerung ausgedrückte Geringschätzung eben jener wichtigen Rechte, für die die evangelische Kirche zugunsten aller Bürger gestritten hatte. Freilich: Im Westen droht ebenfalls die Abwendung von der Demokratie und von der Politik überhaupt.

Da zeichnet sich eine kirchliche Aufgabe ab, die wir heute - nach dem Rückblick auf die mit Freude erlebte kirchliche Gemeinschaft im geteilten Deutschland - um des gedeihlichen Zusammenlebens im vereinten Deutschland willen in der Vordergrund rücken sollten. Christian Führer, der Leipziger Thomaspfarrer sagt, bei der Friedlichen Revolution habe er gelernt, dass die Kirche heraus müsse, auf die Straße, sich einmischen, „das Salz der Erde sein, von dem Jesus spricht“. Das ist hoch aktuell. Die Unterdrückung der Demokratie ist beendet. Ihre Unterschätzung und sogar Verachtung aber sind vielfach festzustellen und scheinen noch stärker zu werden. An grundsätzlichen kirchlichen Worten gegen solche Gefahren, gegen Gleichgültigkeit und Wahlverweigerung, gegen Entsolidarisierung und für das gesellschaftliche und politische Engagement fehlt es nicht. Sie müssen mit Leben erfüllt und den Menschen immer wieder nahe gebracht werden. Unsere Gemeinden sollten sich dessen beharrlich annehmen, im Westen wie im Osten.